

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 08. Mai 2013

Vorlagen-Nr. 13-F-33-0037

Schule für Lernhilfe

-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 29.04.2013-

Die Aufgabe der Schule für Lernhilfe ist es, die Kinder und Jugendlichen zu fördern, die auf Grund einer erheblichen und lang andauernden Lernbeeinträchtigung sonderpädagogischer Förderung bedürfen, und sie zum Abschluss der Schule für Lernhilfe zu führen, soweit nicht der Übergang in eine allgemeine Schule möglich ist.

Lernbeeinträchtigte stellen nach den Daten der Bildungsforschung einen hohen Anteil an den Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss. Eine inklusive Beschulung dieses Personenkreises lässt erfolgreichere Bildungsergebnisse erwarten.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten für den Zeitraum der letzten fünf Schuljahre, zu berichten

(1) In welchen Klassenstufen Schülerinnen und Schüler in welcher Zahl auf die Förderschulen L wechseln? Wie viele dieser Schülerinnen und Schüler sind männlich bzw. weiblich? Wie viele dieser Schülerinnen und Schüler sind ohne Deutsche Staatsangehörigkeit bzw. führen das statistische Merkmal „Migrationshintergrund“?

(2) Wie viele Schüler schaffen in welcher Jahrgangsstufe den Übergang zurück an die Regelschule?

(3) An welchen Regelschulen (integrative Beschulung), in welchen Jahrgangsstufen und in welcher Zahl gibt es Schülerinnen und Schüler mit festgestellten Lernbeeinträchtigungen?

(4) Wie hat sich in den letzten fünf Jahren die Quote der Schülerinnen und Schüler mit einer festgestellten Lernbeeinträchtigung an allen Schülerinnen und Schüler je Schuljahrgang bzw. Klassenstufe in Wiesbaden im Vergleich zu den Rhein-Main-Großstädten Frankfurt, Darmstadt und Offenbach entwickelt?

(5) Wie hoch war in den letzten fünf Jahren der Anteil der Förderschülerinnen und -schüler L, an allen Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Schulabschluss?

Beschluss Nr. 0045

Der Antrag wird angenommen.

Die Fragen werden zuständigkeitshalber an das Staatliche Schulamt weiter geleitet und, sobald die Antworten schriftlich vorliegen, den Fraktionsgeschäftsstellen zur Verfügung gestellt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisaufnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2013

Schickel
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2013

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2013

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister